

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1023
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: sbenz@giessen.de

Datum: 25.09.2006

N i e d e r s c h r i f t

der 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport

am Mittwoch, dem 06.09.2006,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:00 - 20:30 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich **Vorsitzender**

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Ursula Bouffier

Herr Dr. Johannes Dittrich

Herr Prof. Dr. Klaus Kramer

Frau Christine Wagener

Frau Julia-Christina Sator

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz

Herr Michael Puhl

Herr Frank Walter Schmidt

Herr Peter Sommer

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe

Frau Sarah Sánchez Miguel

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Tjark Sauer

Außerdem:

Herr Michael Janitzki

Die Linke.Fraktion

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister
Herr Dr. Volker Kölb	Stadtrat

Von der Verwaltung:

Herr Andreas Prinz	Leiter des Jugendamtes
Frau Franziska Ott	Dezernat I
Herr Christoph Zörb	Dezernat I
Frau Sholeh Sharifi	Integrationsbeauftragte

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Simone Benz	Schriftführerin
------------------	-----------------

Gäste/Sachverständige:

Frau Marx	Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen
Herr Matzat	Leiter der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Bericht über die Arbeit der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen
3. Wahl eines stv. Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 18.07.2006 - STV/0239/2006
4. Kindertagespflegesatzung
- Antrag des Magistrats vom 05.07.2006 - STV/0212/2006
5. Änderung der Richtlinien zum Gießen-Pass
- Antrag des Magistrats vom 22.06.2006 - STV/0192/2006

- | | | |
|------|--|---------------|
| 6. | Gießen-Pass
- Antrag der Die Linke-Fraktion vom 14.06.2006 - | STV/0173/2006 |
| 7. | Antrag betreffend Abschiebestopp
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 15.08.2006 - | STV/0296/2006 |
| 7.1. | Keine Abschiebungen im RP Gießen bis zur Neuregelung
des Bleiberechts
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2006 - | STV/0314/2006 |
| 8. | Entwicklung eines Nachfolgekonzeptes
Frauennachfahrten
- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.08.2006 - | STV/0324/2006 |
| 9. | Behindertengerechte Ausstattung des Hallenbades
Ringallee
- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.08.2006 - | STV/0325/2006 |
| 10. | Überprüfung und Sanierung von Sportplätzen
- Antrag der Die Linke-Fraktion vom 29.08.2006 - | STV/0336/2006 |
| 11. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Bericht über die Arbeit der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen

Anhand einer Powerpoint-Präsentation informiert Herr Matzat, Leiter der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen, ausführlich über die Arbeit der Kontaktstelle in Gießen.

3. Wahl eines stv. Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen **STV/0239/2006**
- Antrag des Magistrats vom 18.07.2006 -

Antrag:

Als Stellvertreterin für das stimmberechtigte Mitglied Ingrid Kaiser wird gewählt:

Gemäß § 4 (1) b):

3 Personen, die in der Jugendhilfe sachkundig und erfahren sind. Darunter soll eine Person sein, die die Belange ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner wahrnimmt sowie eine in der Jugendhilfe erfahrene Frau aus der Mädchenarbeit:

Stellvertreterin Mädchenarbeit: Frau Andrea Weber

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

4. Kindertagespflegesatzung **STV/0212/2006**
- Antrag des Magistrats vom 05.07.2006 -

Antrag:

Die Kindertagespflegesatzung wird in Gestalt der Anlage beschlossen. **Anlage 1 der Niederschrift)**

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach, worauf es begründet sei, dass 80% des Sachaufwandes und der Förderleistung übernommen werden.

Herr Prinz erklärt, aufgrund einer entsprechenden Vorlage der Jugendamtsleiterkreise im Hessischen Städtetag und im Hessischen Landkreistag wurde eine Empfehlung von den beiden kommunalen Spitzenverbänden ausgesprochen. Hintergrund sei, dass die Kindertagespflege mit der Kindertagesbetreuung in Institutionen gleichgestellt werden solle, ohne dabei der Vollzeitfamilienpflege, die Kinder Tag und Nacht betreuen, Konkurrenz zu machen.

Weiter führt **Herr Prinz** aus, dass es einen weiteren Unterschied gebe und zwar in der Altvorsorge, die ein gesetzlich verpflichtenden Teil der Vergütung ausmache. Vollzeitpflegeeltern bekommen den Mindestbetrag für die gesetzliche Rentenversicherung für jedes Kind, das sie in ihrem Haushalt aufgenommen haben. In der Tagespflege sei dies auf ein Kind begrenzt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5. **Änderung der Richtlinien zum Gießen-Pass
- Antrag des Magistrats vom 22.06.2006 -**

STV/0192/2006

Antrag:

Die von der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen beschlossenen Richtlinien zum Gießen-Pass werden wie folgt geändert:

**§ 3 Nr. 1
Ermäßigungen**

...im öffentlichen Personennahverkehr im Verkehrsgebiet der Universitätsstadt Gießen für Einzelfahrscheine, Wochenkarten und Monatskarten mit Gültigkeit im Bereich der Universitätsstadt Gießen und der Gemeinde Heuchelheim.

**§ 5
Ausstellungsstellen**

Die Gießen-Pässe werden vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen - Amt für soziale Angelegenheiten, Volkshochschule und Musikschule des Schulverwaltungsamtes - für Personen gemäß § 2 Nr. 1 a bis 1 f sowie dem Magistrat der Universitätsstadt Gießen - Jugendamt - für Personen gemäß § 2 Nr. 1 g ausgestellt.

**§ 8
Inkrafttreten**

Die Änderung der Richtlinien tritt zum 01.08.2006 in Kraft.

Stv. Sauer, Die Linke.Fraktion, fragt nach, ob der Ausschussvorsitzende der Bitte seiner Fraktion nachgekommen sei, zu diesem Tagesordnungspunkt den Geschäftsführer der Stadtwerke Gießen, Herrn Siekmann, einzuladen.

Vorsitzender Dr. Greilich berichtet, die Einladung sei erfolgt. Allerdings habe er weder eine Zu- noch eine Absage von Seiten der Stadtwerke erhalten.

Stv. Sauer führt aus, der Magistrat habe bereits in der letzten Sitzung des Haupt-, Finanz, Wirtschafts- und Rechtsausschusses die Beantwortung der Fragen bereits zur letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zugesagt, die Antworten habe er bis heute nicht erhalten.

Oberbürgermeister Haumann erklärt, die Antworten zu den Fragen der Die Linke.Fraktion lagen ihm bereits zur letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor. Da der entsprechende Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt wurde, habe er die Fragen auch nicht beantworten können. Er werde dies jetzt gerne nachholen:

Stadtverordneter Sauer möchte wissen, ob sich der Magistrat darüber Gedanken macht, dass durch den Wegfall der zentralen Anlaufstelle der Stadtwerke in Gießen Probleme zu Tage treten können. Er fragt nach Alternativangeboten in der Gegend.

Antwort:

Die Änderung kam dadurch zustande, dass sich die Stadtwerke Gießen aus räumlichen Gründen nicht in der Lage sahen, eine groß angelegte Ausgabe von Gießen-Pässen durchzuführen. Bei der Ausgabe im Jahre 2005 bestand die Möglichkeit, in einem in unmittelbarer Nähe liegenden leerstehenden Ladengeschäft eine zentrale Ausgabestelle einzurichten. Diese Ausgabestelle erfüllte auch alle Auflagen der Datenschutzbeauftragten.

Die einzige Möglichkeit für eine kurzfristige und serviceorientierte Ausgabe bestand im Verwaltungsgebäude Aulweg 43. Hierzu wurden städtische Mitarbeiter eingesetzt, die eine reibungslose und unbürokratische Ausgabe des Gießen-Passes sicherstellten.

Mittlerweile ist in der Stadt bekannt, dass die Ausgabestelle sich im Aulweg befindet. Dort können an drei Vormittagen (Montag, Mittwoch und Freitag) Gießen-Pässe neu beantragt bzw. verlängert werden.

Die Bushaltestelle Welkerstraße in der Liebigstraße ist nur rund 50 Meter vom Eingang des Verwaltungskomplexes Aulweg entfernt.

Der Magistrat kann dort gewährleisten, dass eine unbürokratische und datenschutzrechtlich unbedenkliche Ausgabe erfolgen kann.

Stadtverordneter Janitzki fragt noch, was die Stadtwerke Gießen AG der Stadt Gießen für das halbe Jahr der Gießen-Pass-Ausgabe (Juli – Dezember 2005) in Rechnung gestellt hat.

Antwort:

Die Stadtwerke Gießen AG hat zu Beginn des Jahres 2006 dem Magistrat eine Rechnung über Verwaltungskosten gestellt. Diese Verwaltungskosten betragen laut dieser Rechnung 4.872,- Euro.

Durch die Ausgabe der Gießen-Pässe durch städtische Mitarbeiter fallen diese Verwaltungskosten ab sofort nicht mehr an.

Stadtverordneter Sauer möchte wissen, ob es Konzepte zur Attraktivitätssteigerung des Gießen-Passes gibt

Antwort:

Entsprechende Konzepte zur Attraktivitätssteigerung des Gießen-Passes gibt es derzeit nicht.

Stv. Janitzki äußert, Oberbürgermeister Haumann habe erklärt, dass mit der Stadtwerke GmbH bezüglich der Ausgabe der Gießen-Pässe eine Vereinbarung

getroffen werden solle. Für ihn sei allerdings der Eindruck entstanden, dass die Stadtverwaltung keine Vereinbarung treffen wolle. Die ständig wechselnden Begründungen überraschen ihn. Er habe die Befürchtung, dass die Inanspruchnahme des Gießen-Passes durch die Verlagerung der Ausgabestelle in den Aulweg immer geringer werde. Er habe den Verdacht, dass dies vom Magistrat gewollt sei.

Oberbürgermeister Haumann weist dies als Unterstellung zurück. Er erklärt, die vorliegende Vorlage beinhalte genau die Formulierung, dass es keine Vereinbarung mehr mit den Stadtwerken gebe. Im Übrigen sei die Inanspruchnahme nicht rückläufig.

Stv. Janitzki fordert Oberbürgermeister Haumann auf, Zahlen zu nennen, die dies belegen. Seiner Ansicht nach sei die Information der Bürger nur über die Presse nicht ausreichend. Ein potentieller Gießen-Pass Berechtigter habe möglicherweise nicht genug Geld, sich regelmäßig eine Tageszeitung zu kaufen. Er rege an, zusätzlich durch eine Hauswurfsendung die Bürger zu informieren.

Oberbürgermeister Haumann informiert den Ausschuss, dass das Amt für soziale Angelegenheiten ein Informationsblatt bezüglich der Ausstellung und Verlängerung des Gießen-Passes herausgegeben habe, dass bei folgenden Stellen ausliege:

- Amt für soziale Angelegenheiten
- Stadtbüro
- Sozialamt des Landkreises Gießen
- GIAG
- Seniorentreffs
- Info-Zentrum Stadtwerke Gießen AG

Das Informationsblatt ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Oberbürgermeister Haumann gibt bekannt, dass bis zum 31.08.06 1054 Gießen-Pässe neu ausgestellt wurden. Im Vergleichszeitraum 2005, als die Ausgabe noch am Marktplatz erfolgte, wurden 1025 neu ausgestellt.

Eine genaue Aufstellung für das Jahr 2006 (bis 31.08.2006) ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt.

Stadttrat Dr. Kölb macht deutlich, man sei ursprünglich davon ausgegangen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Infocenter der Stadtwerke die Gießen-Pässe mit verteilen. Dies sei aber aus steuerrechtlichen Gründen nicht möglich. Die Stadtwerke GmbH müsse der Stadt eine Rechnung stellen. Diese

belief sich auf 4.872 Euro für die Monate Juli - Dezember 2005.

Da durch die Umstrukturierung des Amtes für Soziale Angelegenheiten genug Personal vorhanden sei, habe der Magistrat sich entschieden, dass die Ausgabe dort erfolgen solle.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vertritt die Auffassung, dass eine Ausgabe der Gießen-Pässe am Marktplatz zwar wünschenswert gewesen wäre, nicht aber zu einem Preis von ca. 10.000 Euro jährlich.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.
(Ja: CDU/SPD/GR/FDP, StE: Linke)

6. Gießen-Pass **STV/0173/2006**
- Antrag der Die Linke-Fraktion vom 14.06.2006 -

Antrag:

1. Um den Empfänger/innenkreis des Gießen-Pass auszuweiten, wird der Magistrat der Stadt Gießen beauftragt, eine umfassende und zielgruppengerechte Informationskampagne zum Gießen-Pass durchzuführen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Betroffenen potentiellen Nutzerinnen und Nutzer nicht ausschließlich über die Gießener Tageszeitungen informiert werden, sondern weitere Informationswege eröffnet werden. Der Magistrat der Stadt Gießen wird in diesem Zusammenhang beauftragt zu prüfen, inwiefern wohnortnahe Möglichkeiten der Beantragung bzw. Abwicklung des Antragsverfahrens geschaffen werden können.
2. Die Informationskampagne soll den Betroffenen die Möglichkeiten der Beantragung und Inanspruchnahme des Gießen-Pass aufzeigen.
3. Der Magistrat der Stadt Gießen wird beauftragt, das Angebot des Gießen-Pass auszuweiten und zu überprüfen inwiefern das Antragsverfahren vereinfacht werden kann.

Nach kurzer Aussprache, an der sich die Stadtverordneten Bietz, Grothe und Sauer beteiligen, streicht **Stv. Sauer**, Die Linke-Fraktion, Punkt 3 des Antrages.

Nach weiterer Diskussion stellt Stv. Sauer den Antrag zurück.

7. Antrag betreffend Abschiebestopp **STV/0296/2006**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.08.2006 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen möge beschließen den Oberbürgermeister aufzufordern, sich beim hessischen Innenminister dafür einzusetzen, dass bis zum Zustandekommen einer Bleiberechtsregelung keine Personen abgeschoben werden, die den Kriterien entsprechen, die der Innenminister als Vorschlag für eine Bleiberechtsregelung benannt hat.

Sie fordert den Oberbürgermeister weiterhin auf, zur Klärung unterschiedlicher Sichtweisen in Einzelfällen sowie zur einheitlichen Behandlung einer entsprechenden Bleiberechtsregelung eine "Clearing-Stelle" entsprechend dem Modell des Lahn-Dill-Kreises und der Stadt Wetzlar einzusetzen.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ergänzt für die antragstellenden Fraktionen den Antrag. **Zwischen die beiden Absätze wird folgender Satz eingefügt:**

„Der Oberbürgermeister möge in der nächsten Sitzung über das Ergebnis seiner Bemühungen berichten.“

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, erklärt, da ihrer Fraktion an einem einstimmigen Abstimmungsverhalten in dieser Angelegenheit gelegen sei, werde sie ihren nachfolgenden Antrag zum gleichen Thema zurückziehen und dem Antrag der Koalition zustimmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7.1. Keine Abschiebungen im RP Gießen bis zur Neuregelung **STV/0314/2006**
des Bleiberechts
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2006 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen fordert den Magistrat auf, sich beim hessischen Innenminister schnellstens dafür einzusetzen, dass bis zur geplanten Konferenz der Innenminister im November zur Neuregelung des Bleiberechts keine seit über 5 Jahren geduldeten Ausländer im Bereich des RP Gießen mehr abgeschoben werden und umgehend über das Ergebnis zu berichten.

Beratungsergebnis: Von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

8. **Entwicklung eines Nachfolgekonzeptes
Frauennachfahrten
- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.08.2006 -**

STV/0324/2006

Antrag:

Der Magistrat wird aufgefordert bis zum Ende des Jahres ein Konzept für ein Nachfolgekonzept Frauennachfahrten zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Außer Mädchen und Frauen soll dieses Nachfahrangebot auch Seniorinnen und Senioren ab 65 und Jugendlichen (auch männlichen) bis 18 Jahren zur Verfügung stehen.

Als Orientierung können die bestehenden Einrichtungen in Münster, Hannover, Hemmingen, Heidelberg und Limburg dienen.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion begründet den Antrag und führt aus, das Koalitionspapier beinhalte die Entwicklung eines Nachfolgekonzeptes für die Frauennachfahrten.

Da dies bislang nicht geschehen sei, habe die SPD-Fraktion diesen Antrag gestellt. Anders als die bisherigen Frauennachfahrten solle das Angebot in dem neuen Konzept auch für Senioren und männliche Jugendliche unter 18 Jahren gelten.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **bringt für die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP folgenden Initiativantrag ein:**

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, ein allgemeines Nachtverkehrsangebot zu konzipieren und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Dabei sind Sicherheitsaspekte von Anfang an mit zu bedenken.“

Beratungsergebnis:

- Die Vorlage Stv 0324/2006 wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: 1 GR/CDU/FDP; Ja: SPD/LINKE; StE: 1 GR)
- Dem Initiativantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird einstimmig zugestimmt: (Ja: CDU/GR/FDP/LINKE; StE: SPD)

9. **Behindertengerechte Ausstattung des Hallenbades
Ringallee**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.08.2006 -

STV/0325/2006

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, sich bei den Stadtwerken dafür einzusetzen, einige behindertengerechte Änderungen im Hallenbad an der Ringallee vorzunehmen:

- *Änderung des Zugang zu den Duschräumen, die sich zur Zeit von Menschen mit Behinderung nicht ohne Hilfe öffnen lassen*
- *Einrichtung einer Behindertentoilette im Innenbereich des Schwimmbades*

Stv. Schmidt, SPD-Fraktion erklärt, Hintergrund des Antrages sei, dass er verschiedentlich von Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderung darauf angesprochen worden sei, dass die Gießener Hallenbäder nicht den üblichen Standards an behindertengerechter Ausstattung entsprechen. Bereits im Juli habe man sich mit einer Anfrage an die Stadtwerke gerichtet. Einige Anregungen seien von den SWG umgesetzt worden. Übrig geblieben seien die beiden Punkte, die der Antrag jetzt beinhalte.

Als eine Lösungsmöglichkeit schlage er vor, den Zugang zu den Duschräumen mit einem elektrischen Türöffner auszustatten, die es z. B. Rollstuhlfahrern ermögliche, ohne fremde Hilfe, in den Duschbereich zu gelangen.

Stadtrat Dr. Kölb verliest ein Schreiben der SWG, in dem eine Umsetzung der im Antrag genannten Punkte für den Sommer 2007 signalisiert werde. Das Schreiben ist der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

Er vertritt die Auffassung, der Antrag sei damit als erledigt anzusehen und regt an, Details (z. B. elektrische Türöffner) direkt mit der Behindertenbeauftragten zu besprechen.

Mit dieser Verfahrensweise erklärt sich die antragstellende Fraktion einverstanden.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen.

10. Überprüfung und Sanierung von Sportplätzen **STV/0336/2006**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 29.08.2006 -

Antrag:

Der Magistrat wird aufgefordert, bis Jahresbeginn 2007 folgende Überprüfungen und Planungsvorhaben in die Wege zu leiten:

1. Die Notwendigkeit der Renovierung sämtlicher von den 17 Fußballvereinen bzw. Sportvereinen mit Fußballabteilung benutzten Sportplätzen ist zu prüfen.

Die Ergebnisse sind in einer Mängelliste festzuhalten. Besonders zu berücksichtigen ist dabei, Voraussetzungen zu schaffen, dass die Vereine die Möglichkeit haben, auf eigenem bzw. städtischem Platz sämtliche Trainingseinheiten gerade auch für Jugendmannschaften durchzuführen.
2. Genauso sind Bolzplätze zu renovieren bzw. neu anzulegen im Interesse vieler organisierter oder nicht organisierter Freizeitkicker, Thekenmannschaften oder der „Bunten Liga“ u. ä.
3. Die Finanzierung ist darzustellen u. a. mit Kosten für Kunstrasen und für Tennenplatz einschließlich der zu erwartenden Folgekosten. Aufzuführen ist die Drittelung der Kosten durch Kommune, Sportkreis/Land Hessen und Sportverein (Eigenleistung).
4. Nach Überprüfung und Berechnungen ist der Stadtverordnetenversammlung eine Prioritätenliste mit den erforderlichen Daten vorzulegen.

Oberbürgermeister Haumann erklärt, der Antrag falle in den Zuständigkeitsbereich der Sportkommission.

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, hält es nicht für sinnvoll in die Arbeit der Sportkommission einzugreifen. Sie rege daher an, den Antrag zurückzuziehen.

Stv. Sauer, Die Linke.Fraktion, führt aus, man sei sich über die Aufgaben der Sportkommission nicht im Klaren gewesen. Er ziehe den Antrag zurück.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen.

11. Verschiedenes

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, bittet den Vorsitzenden dafür zu sorgen, dass in den kommenden Sitzungen des Ausschusses über folgendes berichtet wird:

- Stand des Altenplanes
- Sozialmonitoring
- Bündnis für Familie

Vorsitzender sagt dies zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Dr. Klaus Dieter Greilich

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Simone Benz